

Die Rezeption der kirchlichen Soziallehre durch die katholische Intelligenz im Ungarn der 1930er Jahre

Der Titel dieses Beitrags soll auf jenen Vorgang hinweisen, in dessen Verlauf eine Gruppe katholischer Intellektueller die in den päpstlichen Enzykliken entworfene Soziallehre in den 1930er Jahren in Ungarn auf die eigene nationale und gesellschaftliche Wirklichkeit anwandte. Diese Laien waren bestrebt, die kirchliche Lehre aus der Sicht der Praxis kritisch zu lesen. Die Konsequenzen waren zum Teil politischer Art und betrafen die Repräsentationsmöglichkeiten des Christentums in einer bestimmten historischen Situation. Auch fragten sie auf einer theoretischen Ebene nach dem gesellschaftlichen Gewicht und der Wirkungsmacht der katholischen Lehre überhaupt. So hatte die Auseinandersetzung mit dieser Lehre auch eine kirchengeschichtliche Relevanz: Sie konfrontierte die ungarische Kirche erstmals mit sozialen Problemen, deren Diskussion auf das Selbstverständnis der Kirche zurückwirken und zur Neubestimmung ihrer Sendung beitragen konnte.

In Ungarn wurde die erste katholische Volkspartei 1895, die zweite 1945 gegründet. Im dazwischen liegenden halben Jahrhundert hat sich die katholisch-politische Repräsentation um 180 Grad gewendet. Die 1945 gegründete Demokratische Volkspartei (*Demokrata Néppárt*, beziehungsweise Barankovics-Volkspartei, wie sie nach ihrem Anführer auch genannt wurde) konnte in keiner Hinsicht mit ihrer Namensvorgängerin gleichgestellt werden, außer, dass sich beide zum Katholizismus bekannten und sich auf die Innovationen der päpstlichen Soziallehre bezogen. Weitere Parallelen waren unvorstellbar. Die erste Organisation war eine antikapitalistische und antiliberalen Interessengruppe, die im Wesentlichen ein Machtmittel in der Hand der hochadeligen Großgrundbesitzer war.¹ Letztlich konnte sie als Produkt des Kulturkampfes gegen die kirchenpolitische Gesetzgebung des liberalen ungarischen Staates im Zeitalter des Dualismus betrachtet werden. Die zweite Partei war hingegen eine linksgerichtete, christlich-demokratische Partei, die sich gegenüber der Politik und den gesellschaftlichen Organisationen Ungarns vor dem Zweiten Weltkrieg und in den Kriegsjahren sowie gegenüber dem Erbe der christlichen Parteien der Zwischenkriegszeit scharf abgrenzte und einen neuen Anfang ankündigte.

¹ Miklós Szabó: *Az újkonzervativizmus és a jobboldali radikalizmus története (1867-1918)*. Budapest 2003, 118-143.

Immerhin ist das im Ideensystem der christlichen Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg auftauchende demokratische und soziale Engagement nicht ohne Vorgeschichte. Es lässt sich jedoch nur zum Teil durch die Kriegserfahrungen und die Zwänge der Nachkriegsverhältnisse erklären. Diese Vorgeschichte kann in der Ausgestaltung eines relativ eigenständigen katholischen sozialwissenschaftlichen Denkens nachvollzogen werden, so wie es dank der Rezeption der päpstlichen Soziallehre in den 1930er Jahren zustande kam und sich an ihr als Leitfaden entfaltete.

Deshalb scheint die Untersuchung der in den Rundschreiben formulierten katholischen Soziallehre und ihrer Aufnahme eine unumgängliche Aufgabe der ungarischen Kirchengeschichtsschreibung zu sein. Die Wende, in deren Folge die Kirche ihre Vorstellungen über das optimale Funktionieren der menschlichen Gesellschaft und Wirtschaft auch in breiteren Zusammenhängen darlegte, wurde bereits durch die Enzyklika „*Rerum novarum*“ von Papst Leo XIII. im Jahre 1891² eingeleitet. Der Papst schlug darin die *Ralliement*-Politik vor, also die Loslösung der katholischen Kirche vom Feudalismus und ihre stufenweise Heranführung an die bürgerliche Entwicklung bei gleichzeitiger Ablehnung der sozialistischen Ideen. Diese Politik konnte aber in Ungarn am Ende des 19. Jahrhunderts nur äußerst eingeschränkt zur Geltung kommen. Die ungarische katholische Kirche stand nämlich damals nicht nur und nicht in erster Linie dem sozialistischen Gedankengut, sondern insbesondere der bürgerlichen Entwicklung feindlich gegenüber.³

Am Ende des 19. Jahrhunderts fassten die Parteien des politischen Katholizismus – als Repräsentanten neokonservativer Strömungen – die soziale Frage als eine Frage der Mittelklasse auf. Die Arbeiterfrage blieb ihnen fremd. In der Folge verschoben sich die Reaktionen auf die Arbeiterfrage ins 20. Jahrhundert. Die Deutung der „*Rerum novarum*“ hingegen wurde eigentümlich verdreht, indem sie »sich mit der Ideologie kleinbürgerlicher, reaktionärer Aktionen verknüpfte.«⁴

Diese Interpretationsmöglichkeit ging aus dem organischen Gesellschaftsbild der „*Rerum novarum*“ hervor. Die Enzyklika wollte – anders als die Arbeiterbewegung – nicht mit radikalen und keineswegs mit revolutionären Mitteln gegen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ungleichheiten im Kapitalismus vorgehen. Sie meinte, die Bedingungen einer sicheren Existenz der Berufstätigen könnten durch die Stärkung des Rechts zum Eigentum geschaffen werden. In Ungarn aber entstanden in gewissen gesellschaftlichen Gruppen Ressentiments gegen Kapitalismus und bürgerli-

² *Az egyház társadalmi tanítása*. Hgg. Miklós Tomka, János Góják. Budapest [o. J.], 27-55.

³ Jenő Gergely: *A keresztényszocializmus Magyarországon 1903-1923*. Budapest 1977, 12-13.

⁴ Gyula Mérei: *Magyarországi pártprogramok 1867-1914*. Budapest 1934, 178.

che Entwicklung, weil das Land nach dem Ausgleich von 1867 einen schnellen kapitalistischen Aufschwung erlebt hatte. Dementsprechend mussten in Ungarn die sozialen Inhalte der „*Rerum novarum*“ in den Hintergrund treten. Die politische Repräsentation des ungarischen Katholizismus verblieb innerhalb des ideologischen Rahmens einer politischen Romantik, die nicht zuletzt süddeutschen und österreichischen Mustern folgte.

Die einzige Ausnahme während des Ersten Weltkriegs und in der unmittelbaren Folgezeit war die Christlich Sozialistische Partei, dessen Aufstieg unter der Leitung des Diözesanpriesters von Raab (*Győr*), Sándor Giesswein, bis 1918/1919 dauerte. Giessweins Ansatz stieß jedoch gegen die neue gemeinsame Front der katholischen Hierarchie und des Staates. Die politische Anerkennung der Idee der sozialen Gerechtigkeit widerlief sowohl den Interessen der Kirche, die enorme Ländereien besaß, als auch des politischen Regimes unter Reichsverweser Miklós Horthy, das sich gerade etablierte. In der Zwischenkriegszeit standen Staat und Kirche nicht mehr gegeneinander, im Gegenteil, die katholische Kirche »hat sich dem Staat angepasst«.⁵

Nachdem das Land infolge des Friedensvertrags von Trianon 1920 auf ein Drittel zusammenschrumpft war, veränderte sich in Ungarn auch die Lage der römisch-katholischen Kirche. Sie besaß im Gegensatz zur Vorkriegszeit, als sie im multikonfessionellen Nationalitätenstaat bloß über eine relative Mehrheit von 49,3 Prozent verfügt hatte, eine absolute Mehrheit von 63,9 Prozent. Eine andere noch folgenschwerere Veränderung war der Umstand, dass die römisch-katholische Kirche Ungarns ihren multiethnischen und vielsprachigen Charakter einbüßte. Ihre Politisierung war nämlich vor dem Ersten Weltkrieg vor allem dadurch beeinträchtigt worden, dass auf ihrem Jurisdiktionsgebiet Ungarndeutsche, Slowaken und Kroaten mit Angehörigen der ungarischen Nationalität zusammengelebt hatten. Demgegenüber musste die katholische Kirche nach den Gebietsverlusten nicht nur große materielle Verluste hinnehmen, sondern auch eine deutliche Verringerung der Anzahl der Kirchenmitglieder. Aber auch die ethnische Struktur der Gläubigen änderte sich, die überwiegende Mehrheit gehörte zur ungarischen Nationalität.

Dadurch wurde die Interessengemeinschaft zwischen katholischer Kirche und ungarischem Staat begründet, was auch die kirchliche Verpflichtung zur Unterstützung der revisionistischen Politik des Staates beförderte. Staat und Kirche machten den Liberalismus der Vorkriegszeit für die nationale Katastrophe verantwortlich. Die Haltung der Kirchenleitung war außerdem in hohem Maße dadurch bestimmt, dass die katholische Kirche zu

⁵ Gergely: A keresztényszocializmus, 12-13.

den zehn größten Landgutbesitzern Ungarns gehörte.⁶ Zudem machte sie 1919 während der Räterepublik und der kirchenfeindlichen Maßnahmen der Kommunisten negative Erfahrungen mit der politischen Nutzbarkeit der Parole von sozialer Gerechtigkeit. In dieser Situation lieferte die katholische Soziallehre eine theoretische Waffe zum Kampf sowohl gegen die liberalen als auch die sozialistischen Ideen. Die Kirche wurde zum Eckpfeiler der neuen, gegenrevolutionären Ordnung, indem sie deren mangelnde geschichtliche Legitimität sicherte.⁷ So ist es nicht verwunderlich, dass aus dem Erneuerungsrepertoire der katholischen Strömungen der Jahrhundertwende nur die neokonservative überlebte und vorherrschend wurde. Die antiklerikale Haltung der ungarischen Politiker ließ nach, und der Staat hörte bald mit dem Kulturkampf auf.

Daher konnten die sozialen Reformkonzepte außerhalb wie innerhalb der Kirche nur als Kritik am bestehenden politischen System erscheinen. Die ungarische katholische Kirche befand sich aber in den 1930er Jahren in einem Umfeld, das durchaus empfänglich für die soziale Problematik war. In der Wirtschaft konzentrierte sich dieses Problemfeld hauptsächlich auf das Agrarwesen, wo die Frage nach der sozialen Dimension der Kirche mit besonderem Nachdruck formuliert werden konnte. Nach der in mancher Hinsicht rigiden ideologischen Atmosphäre der 1920er Jahre rief die Wahrnehmung der offenen Frage eine Art Aufbruchsstimmung hervor.⁸ Die Einsicht, dass das Regime des Reichsverwesers Horthy tiefgreifende Reformen erforderte, wurde im folgenden Jahrzehnt zum Konsens immer weiterer Intellektuellenkreise.⁹ Die benachbarten Problembereiche fügten sich zu einem Fragekomplex zusammen, die als Grundlage des Diskurses über die Gesellschaft dienen konnte.

In Ungarn entstanden Armut und wirtschaftliche Unsicherheit nicht nur infolge der Weltwirtschaftskrise, sondern waren die Folge eines strukturellen Übels, das Jahrhunderte zurückreichte und selbst von der großen Modernisierungswelle des 19. Jahrhunderts nur teilweise gelindert werden konnte.¹⁰ Die Diskussion der sozialen Frage war daher gleichbedeutend mit der Reflexion über gesellschaftliche Entwicklung, Modernisierung und Demokratisierung. Dabei hat der Schock des Friedensvertrags von Trianon nur offenbart, dass in die Bestimmung des Inhalts von Staatlichkeit und Nation auch der soziale Aspekt einbezogen werden muss. Die Förderung

⁶ Gábor Salacz: *Egyház és állam Magyarországon a dualizmus korában*. München 1974, 233-236.

⁷ Nach der Entthronung des Hauses der Habsburger 1921 war das Königreich ohne König auf diese Legitimierung durchaus angewiesen.

⁸ Miklós Laczkó: *A társadalomtudományok szerepe a magyar szellemi életben a két világháború között*. In: Ders.: *Szerep és mű*. Budapest 1981, 307-310.

⁹ Miklós Laczkó: *Sziget és külvilág*. Budapest 1996, 167-169.

¹⁰ Andrew C. Janos: *Politics of Backwardness in Hungary, 1825-1945*. Princeton 1982.

der inneren Kohäsion der ungarischen Nation war ohne eine gleichzeitige Erhöhung der Lebensqualität der armen Bevölkerungsschichten nicht mehr vorstellbar.¹¹

Erwähnenswert ist auch die Entstehung der Bauernbewegung (*népi mozgalom*). Ihre Teilnehmer gingen von der nüchternen Erkenntnis aus, dass die Hinwendung zur Landbevölkerung kein Balsam für die durch Trianon verwundete Identität der Mittelklassen geworden ist. Wegen der Entdeckung des Elends der Bauern, das alle Vorstellungen überstieg, brachten die Schriftsteller der Bewegung eine beachtenswerte soziografische Literatur hervor.¹² Die Beseitigung des sozialen Übels war für sie die Vorbedingung für das Überleben, damit die eigentliche Schicksalsfrage der Nation.

Ein ebenso wichtiger politischer Faktor war die ungarische Sozialdemokratie, die seit einem halben Jahrhundert für soziale Gerechtigkeit, das allgemeine und geheime Wahlrecht und die soziale Sicherheit kämpfte. Die Probleme, die sich aus der Arbeiterfrage ergeben hatten, waren bereits deutlich größer geworden, als dass sie als Angelegenheit der Polizeiverwaltung hätten erledigt werden können. Obzwar das linksgerichtete Denken nach dem Untergang der Räterepublik in eine Krise geraten war,¹³ zog die Gesellschaftskritik des Marxismus intellektuelle Kreise weiterhin stark an.

Die dritte kirchliche Reaktion auf das soziale Problem wurde nicht durch die wirtschaftlich-politische Krise des Horthy-Regimes ausgelöst. Die Anregung kam von außen, als Papst Pius XI. 1931 „Quadragesimo anno“ veröffentlichte.¹⁴ Die Publikation dieser Enzyklika fiel mit der globalen Verunsicherung infolge der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre zusammen.

Wegen der Erschütterung der politischen Stabilität der bürgerlichen Demokratien hatte die Neuformulierung der päpstlichen Soziallehre eine besondere Aktualität, denn sie bezog sich auf die Beziehung der Gesellschaftsorganisation zur Staatsgewalt, auf einen staatlichen Eingriff in die Wirtschaft und auf die sozialen Reformen »im vierzigsten Jahr« nach „*Rescriptum novarum*“. In „*Quadragesimo anno*“ meinte der Papst jene Form der gesellschaftlicher Organisation zur Lösung der Probleme der ersten Hälfte des Jahrhunderts anwenden zu können, die von den mittelalterlichen Zünften praktiziert worden war.¹⁵ Er entwarf zugleich ein gesellschaftliches Modell, in dem eine auf Berufsständen fußende Interessensartikulation die friedliche Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlichen sozi-

¹¹ Győző Cholnoky: *Állam és nemzet: uralkodó nemzet- és nemzetiségpolitikai eszmék Magyarországon 1920-1941*. Budapest 1996, 48.

¹² Gyula Borbándi: *A magyar népi mozgalom*. Budapest 1989, 91-102.

¹³ Tibor Hajdú – Zsuzsa L. Nagy: A baloldali gondolat válsága Magyarországon a két világháború között. In: *Valóság* 28 (1985) 9, 78-94.

¹⁴ *Quadragesimo anno*. In: *Az egyház társadalmi tanítása* 57-103.

¹⁵ *Quadragesimo anno*, § 83-85.

alen Standes ermöglichen sollte. Die Enzyklika bezeichnet das *Gemeinwohl* als jenes Organisationsprinzip, das gegenüber dem individualistischen Kapitalismus¹⁶ die Integration und die Zusammengehörigkeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen ausdrücken könne. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten sich gemeinsam nach Kräften bemühen, das Gemeinwohl von Gesellschaft und Staat zu fördern. Die Vertreter der Vereinigungen, die die wichtigsten Berufe vertikal verbinden, hätten die Aufgabe, die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber dem Staat zu vertreten. Zugleich müssten sie aber auch die gesellschaftlichen Klassen beseitigen. Der Staat solle die Wirtschafts- und Sozialpolitik koordinieren sowie die existentielle und materielle Sicherheit seiner Bürger garantieren. In der neuen Weltlage käme der katholischen Kirche gemäß der idealen Funktionsverteilung die Aufgabe der moralischen Integration der Gesellschaft zu.

Als Corpus-Theorie par excellence setzte die Neuinterpretation der katholischen Soziallehre die Unveränderlichkeit der gesellschaftlichen Gegensätze voraus. Aus Angst vor der proletarischen Weltrevolution fasste der Papst den Lohnkampf und die Streiks der Arbeiterklassen als einen Angriff gegen das Gemeinwohl auf, der mit allen Mitteln verhindert werden müsse.

Kapitalismus und Sozialismus, die von Leo XIII. in „*Rerum novarum*“ noch gleichermaßen verurteilt worden waren, stellten nun Pius XI. vor ein Entscheidungsdilemma. Der größte Feind der bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Ordnung schien die sozialistische Idee zu sein. Die moralische Unterstützung des in die Krise geratenen Kapitalismus bot eine neue Chance für die Kirche, wieder Fuß in der Geschichte zu fassen. Immerhin erwies sich der von der „*Quadragesimo anno*“ vorgeschlagene Korporatismus nirgendwo in Europa als ein geeigneter Weg für eine gesellschaftliche Erneuerung. Das Interesse, das der Staat für die berufsständische Ordnung zeigte, bezog sich allein auf dessen politische Nützlichkeit.¹⁷ Zwar waren der auf das Individuum zentrierte und anthropozentrische Charakter sowie die Ausarbeitung von Solidaritätsformen ein unbestreitbarer Ertrag dieser Lehre. Aber die deutlichen Analogien zwischen den korporatistischen Vorstellungen des Faschismus und der katholischen Ordnung der berufsständischen Körperschaften wirkten dahingehend, dass die Grenzen zwischen beiden verschwammen. Die Ähnlichkeiten trugen dazu bei, dass das sozialwissenschaftliche Denken innerhalb der katholischen Variante des Christentums für lange Zeit blockiert blieb.

¹⁶ Gábor Gyáni: A társadalmi igazság történelmi fogalma. In: Ders.: Emlékezés, emlékezet és a történelem elbeszélése. Budapest 2000, 71-80.

¹⁷ Margit Balogh: A KALOT és a katolikus társadalompolitika 1935-1946. Budapest 1998, 17-19.

Das eigentlich Neue an der „Quadragesimo anno“ war, dass der Papst die Grenzen der christlichen Caritas weit überschritten und eine katholische Vision über die optimale Entwicklung der modernen Gesellschaft und Wirtschaft entwickelte. Gerade deshalb vermochte die Rezeption der Enzyklika das katholische sozialwissenschaftliche Denken in Ungarn voranzutreiben. Sowohl die Kirchenleitung als auch eine Gruppe katholischer Laien kamen zur Erkenntnis, dass die „Quadragesimo Anno“ den unerwarteten Versuch enthielt, eine Antwort auf die soziale Frage zu finden. Mit ihr konnte der Katholizismus auf dem Spielfeld der Gesellschaftsanalyse auftreten und den Systemkritiken von links und rechts eine Art »dritten Weg« gegenüberstellen.

Einzelne Punkte der „Quadragesimo anno“, die zur Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit aufriefen, hätten aber in Ungarn auch als Zündstoff wirken können, weil dort die Atmosphäre wegen der gesellschaftlichen Ungleichheit spannungsgeladen war. Im Bewusstsein dieser Gefahr veröffentlichte die ungarische Bischofskonferenz 1931 kurz nach der „Quadragesimo anno“ einen eigenen Rundbrief. „Über das Privateigentum und die Arbeit“¹⁸ sollte die Interpretation der Enzyklika in eine als wünschenswert betrachtete Richtung lenken. Dieser Brief befasste sich in langen Abschnitten mit der christlichen Auffassung von Besitz und Privateigentum. Im Sinne der neotomistischen Auffassung vom Eigentumsrecht betonte er die zweifache Funktion des Privateigentums, nämlich seine individuelle und seine soziale. Er bezeichnete das kirchliche Vermögen als ein Beispiel für die moralisch richtige Nutzung des Privateigentums und betonte seine soziale Nützlichkeit als Gegenargument zur Forderung radikaler gesellschaftlicher Veränderungen. Ein wichtiges Element des Briefes war, dass die Bischofskonferenz der beginnenden Selbstorganisation der Berufsstände ihren Segen gab. Als Ziel der Sozialpolitik und als Programm der Krisenbehandlung schlug sie vor, »solche Stände angebrachter Weise ins Leben zu rufen«.¹⁹

Die in den 1930er Jahren gegründeten berufsständischen Bewegungen waren teilweise erfolgreich. Vor allem der im Agrarbereich tätige KALOT (*Katolikus Agrárifjúsági Legényegyesületek Országos Testülete*, Landesverband Katholischer Burschenvereine) und die für die Organisation der Industriearbeiter zuständige EMSZO (*Egyházközségi Munkásszakosztályok*, Arbeitersektion der Kirchengemeinde) waren ein überzeugender Beweis dafür, dass es hier nicht nur um einen Kampf der katholischen Variante der Gesellschaftsanalyse mit den herrschenden Ideen der Epoche ging. Es kamen

¹⁸ Jenő Gergely: A püspöki kar tanácskozásai. A magyar katolikus püspökök konferenciáinak jegyzőkönyveiből, 1919-1944. Budapest 1984, 325-331.

¹⁹ Ebenda, 328.

bedeutsame Organisationen mit einer Massenbasis zustande, die auf der katholischen Soziallehre aufbauten und zu Rivalen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung sowie der rechtsradikalen Massenorganisationen wurden. Die auf der sozialen Prävention fußenden, amtskirchlich unterstützten berufsständischen Körperschaften waren aber das Produkt einer einseitigen Interpretation der „Quadragesimo anno“. So begründete die an der Aufrechterhaltung des Horthy-Regimes interessierte Kirchenleitung mit ihrem Rundbrief nicht nur den katholischen Korporatismus. Ungewollt trug sie auch zur Geburt eines sozialwissenschaftlichen Denkens bei, dessen katholische Laienvertreter später nicht selten mit der offiziellen Deutung der Enzyklika, aber auch mit kirchlichen Amtsträgern in Konflikt gerieten.²⁰

Die unabhängige Interpretation eines offiziellen kirchlichen Dokuments war bahnbrechend in der Geschichte der ungarischen Kirche. Sie bezeugte die Entstehung einer Kompetenz, die innere Kontrolle über die kirchliche Lehre auszuüben versuchte und zugleich bestrebt war, dem sozialwissenschaftlichen Standard der Epoche zu entsprechen. Während die Politik der Amtskirche ausschließlich antiliberal und antisozialistisch war, bemühten sich die katholischen Intellektuellen, einen theoretischen Zusammenhang zwischen der Soziallehre und den ungarischen Bedingungen ihrer Rezeption auszuarbeiten. Es entstanden neue Periodika, die bald zu Foren der Anwendung der „Quadragesimo anno“ auf die ungarischen Verhältnisse wurden. Bereits 1931 kam die Zeitschrift ‚Korunk Szava‘ (*Das Wort unserer Zeit*) heraus, die von 1939 bis 1944 unter neuem Titel erschien. Ihre Mitarbeiter, bekannte Sozialwissenschaftler und Publizisten, spielten eine besonders wichtige Rolle bei der Konfrontation der katholischen Mittelklasse mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit Ungarns. ‚Korunk Szava‘ beschrieb realitätsnah die Armut der Bauern, die sie der Soziografie der Bauernbewegung übernahm. Die Autoren wollten den Armen selbst mit der Förderung der Bodenreform zu Hilfe kommen.

In einem frühen Artikel aus dem Jahr 1932 macht der spätere Anführer der Demokratischen Volkspartei auf die Unaufschiebbarkeit der Landverteilung aufmerksam. István Barankovics stellte fest, dass der Friede der Gesellschaft und die Zukunft der Nation von der Beseitigung der Missverhältnisse beim Landeigentum abhängig seien.²¹ Er sei überzeugt, die Landaufteilung werde in der nahen Zukunft erfolgen – mit oder ohne Einwilligung der katholischen Kirche. Wenn sie gegen den kirchlichen Willen stattfände, würden ihre Konsequenzen von kirchenhistorischer Bedeutung sein. »Da die katholische Kirche einen beträchtlichen Teil ihrer Privilegi-

²⁰ Béla Bangha: Egy új folyóirat margójára. In: Magyar Kultúra 22 (1935) 9, 404-409.

²¹ István Barankovics: Új földbirtok-reform felé. In: Korunk Szava 2 (1932) 8, 15-19.

en wegen ihrer äußerst schädlichen temporären Verflechtung mit den regierenden Mächten verloren hat, [...] läuft sie Gefahr, auf unabsehbare Zeit auch ihren moralischen und spirituellen Einfluss zu verlieren, es sei denn, sie setzt sich für die Menschenrechte im weitesten Sinne ein und verteidigt das vom Gesichtspunkt des Volkes aus progressivste soziale Denken.«²² Barankovics kam zum Schluss, dass »in der Geschichte des ungarischen Bodens nicht nur die Geschichte der Nation, sondern auch das Schicksal der katholischen Kirche festgeschrieben ist.«²³ Ähnliche Ansichten existierten in der Zeit vor 1935 nur sporadisch. Die öffentlichen Stellungnahmen der Kirche im In- und Ausland veranlassten jedoch die Autoren der ‚Korunk Szava‘, angesichts der Ereignisse der 1930er Jahre auch später ihre politische Meinung zu äußern.

Die ungarische Anwendung der „Quadragesimo anno“ bezeugt den zeitweiligen Durchbruch der berufsständischen Bewegung. Den entscheidenden Impuls für ihre kurz danach beginnende Krise gab die Wende der ungarischen Innenpolitik, auch wenn sie nicht unabhängig von den internationalen Ereignissen war. Zunächst in der Amtszeit von Gyula Gömbös 1932-1936, dann insbesondere in der Regierungszeit des Katholiken Béla Imrédy 1938/1939 kam es zu Versuchen, den berufsständischen Gedanken politisch auszunützen. In der Person von Gömbös gelangte ein ehemaliger Berufsoffizier an die Macht. Er hatte österreichische und italienische Beispiele vor Augen, als er die Ablösung der parlamentarischen Demokratie durch staatlich gesteuerte Korporationen als das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Folgen der Weltwirtschaftskrise und der politischen Krise in Ungarn bezeichnete.²⁴ Sein „Nationaler Arbeitsplan“,²⁵ den er zu Beginn seiner Regierungszeit veröffentlichte, hatte die Erschaffung eines autotelischen Nationalstaats zum Ziel. Die Durchführung dieses Plans hätte die restlos untergeordnete und zentral gesteuerte Zusammenarbeit aller Gesellschaftsklassen garantieren sollen. Besonders in den Monaten um die Bildung des zweiten Gömbös-Kabinetts 1935 unterstützte der Ministerpräsident jene Initiativen, welche die Verstärkung seiner Massenbasis versprachen. So versuchte er, sowohl die Schriftsteller der »volkhafte Bewegung«²⁶ als auch jene der päpstlichen Soziallehre verpflichtete katholische Intelligenz für sich zu gewinnen. Seine Bemühungen blieben nicht erfolglos. Eine bedeutende Gruppe von Redakteuren und Publizisten

²² Ebenda, 19.

²³ Ebenda.

²⁴ József Vonyó: Diktatúra – olasz mintára. In: Ders.: Gömbös Gyula és a jobboldali radikalizmus. Pécs 2001, 52-65.

²⁵ A Gömbös-kormány Nemzeti Munkaterve. In: *Magyarországi pártprogramok 1919-1944*. Hgg. Ferenc Glatz [u. a.]. Budapest 1991, 330-344.

²⁶ Zum Versuch der Gründung einer „Neuen Geistigen Front“ (*Új Szellemi Front*) Laczkó: Sziget és külvilág, 99-136.

schied aus der Redaktion der ‚Korunk Szava‘ aus und gründete die Zeitschrift ‚Új Kor‘ (*Neue Ära*). Unter den katholischen Periodika wurde die ‚Új Kor‘ zu einem Presseorgan, das die rechtsradikale Politik von Gömbös eindeutig bejahte. Sie trug aber auch dazu bei, dass die Gefährdung der katholischen berufsständischen Ordnung durch die politische Rechte in immer breiteren Kreisen wahrgenommen wurde. Gerade dies gab denjenigen Autoren, die an der ursprünglichen Zielsetzung der ‚Korunk Szava‘ festhielten, die Anregung zur kritischen Neuinterpretation der katholischen Soziallehre.

Einen typischen Weg schlug der katholische Laiensoziologe Vid Mihelics ein, der als Verfasser zahlreicher Bücher und als bekannter Publizist verschiedener katholischer Zeitschriften zu einem der ersten ungarischen Fürsprecher der „Quadragesimo anno“ wurde. Er sah in der neuen katholischen Soziallehre eine theoretische Waffe, mit deren Hilfe der Katholizismus wieder »wegweisend für die Menschheit im großen Kampf der Weltanschauungen« werden könnte.²⁷

»Wo der Liberalismus nur das isolierte Individuum, und der Marxismus nur den Menschen als eine Zelle mit gleichem Recht und mit vorbestimmtem Ort in der Gesellschaftsorganisation beachtet, sollte es nicht eine Lösung geben, welche die Befriedigung der menschlichen Seinsansprüche sichern, zugleich aber auch die Individualität zum Ausdruck bringen kann? Nun haben wir, Katholiken, die gläubige Überzeugung, dass diese dritte Lösung, welche die Vorteile des Individualismus und des Sozialismus ohne deren Nachteile in sich verbindet, uns in der Soziallehre des beinahe zweitausendjährigen Christentums angeboten wird. Wie so oft an den Wendepunkten der Geschichte tritt die Kirche Christi wieder hervor, um die Menschheit vor dem seelischen und kulturellen Zusammenbruch zu retten.« Dieser Weg war aber, wie Mihelics zum Naturrecht abschließend feststellte, der in der „Quadragesimo anno“ entworfene Korporatismus.²⁸ Als er die gescheiterten christlich-sozialistischen Gewerkschaftsbewegungen analysierte, betrachtete er das Netz der Korporationen als das zeitgemäße Organ für die Interessenvertretung der Arbeitnehmer und stellte sie als die neuen Foren der Solidarität dar.²⁹

Mit größter Anerkennung begrüßte Mihelics das portugiesische Beispiel als die praktische Verwirklichung der katholischen Soziallehre. Nach einer von Ministerpräsident Béla Imrédy unterstützten Studienreise schrieb er 1938 ein Buch über Salazars Portugal mit dem Titel „Das neue Portugal“. Zudem gewann Salazar seine persönliche Sympathie: er sah in ihm einen

²⁷ Vid Mihelics: *Világproblémák és katolicizmus*. Budapest 1933, 8.

²⁸ Ebenda, 172-176.

²⁹ Vid Mihelics: *A szakszervezkedés elmélete és iránya*. Pécs 1928, 36.

»Laienheiligen«³⁰ und präsentierte sein Regime als Vorbild für einen christlichen Ständestaat. Dabei berief er sich auf die territorialen Ähnlichkeiten zwischen beiden Ländern, auf die ähnliche wirtschaftliche Entwicklungsstufe und Wirtschaftsstruktur beziehungsweise auf ihre Erfahrungsgemeinschaft, die eine kulturelle Sympathie zu erwecken und zu begründen vermochte. Diese Auswertung des portugiesischen Beispiels war jedoch für die Politik nicht wegen ihres theoretischen Ertrags wichtig.

In der Amtszeit von Imrédy wurde ausdrücklich nach portugiesischem Muster die »V. Abteilung für Gesellschaftspolitik des Ministerpräsidiums«³¹ ins Leben gerufen. Sie hatte die Aufgabe, die korporative Organisation der Gesellschaft voranzutreiben. Die katholische Reformintelligenz um 'Új Kor' unterstützte diese Initiative.³² An der Spitze der Abteilung für Gesellschaftspolitik stand mit Béla Kovrig ein katholischer Sozialpolitiker. Ihm gelang es, die katholischen berufsständischen Organisationen KALOT und EMSZO im Rahmen der Ungarischen Sozialen Volksbewegung (*Magyar Szociális Népmozgalom*) 1940 zu vereinigen. Nach dem Sturz der Imrédy-Regierung wurde die Abteilung für Gesellschaftspolitik ins Ministerium für Sozial- und Unterrichtswesen eingegliedert. Trotzdem hörten die katholischen Organisationen dank der staatlichen Subvention, die der Volksbewegung zugeteilt wurde, nicht auf, sich für das Horthy-Regime einzusetzen.³³ Zwischenzeitlich bot der Tod des Chefredakteurs der 'Korunk Szava' der Imrédy-Regierung die Gelegenheit, die Zeitschrift des antikorporatistischen Flügels zu verbieten. Erst nach der Intervention mehrerer Parlamentsmitglieder wurde ihr Erscheinen unter dem neuen Titel 'Jelenkor' (*Gegenwart*) kurzfristig wieder möglich.³⁴

1938 kam es also zur endgültigen Spaltung bei der Rezeption der katholischen Soziallehre, und ihre Deutung führte zu scharfen Gegensätzen unter den katholischen Intellektuellen. Die Amtskirche beobachtete deren politische Orientierung mit gewissem Verdacht und hielt Abstand zu ihnen. Die feudale Kirchenstruktur mit ihrem historischen Gewicht bot genügend Gegenwehr gegenüber der Sogwirkung des politischen Radikalismus. Jene Laienkatholiken, die den korporativen Gedanken der päpstlichen Enzyklika begrüßt hatten, sahen lange Zeit in den politischen Ereignissen der 1930er Jahre die erfolgreiche Verwirklichung der sozialen Vorstellungen des Katholizismus. Erst sehr spät vermochten sie, die demokratisch organi-

³⁰ Vid Mihelics: Az új Portugália. Budapest 1938, 202.

³¹ Péter Hámori: Kísérlet egy propagandaminisztérium létrehozására. In: Századok 131 (1997) 2, 353-380.

³² Ebenda, 355.

³³ Jenő Gergely: A Kereszténydemokrata Néppárt előtörténete. In: Műhely 7 (1984) 1, 3-21.

³⁴ Miklós Vásárhelyi: Katolikusok a szellemi ellenállásban – beszélgetés Katona Jenővel. In: Literatura 7 (1980) 1, 112-127.

sierte Selbstverwaltung und den Subsidiaritätsgedanken von den staatlich kontrollierten Organisationen zu trennen. Der korporatistische Flügel wurde allmählich zum Mittel einer immer mehr rechtsorientierten Regierungspolitik. Die Kritiker der berufsständischen Ordnung hingegen, die auf eine Annäherung an die politische Rechte verzichtet hatten – wie der Schriftleiter der ‚Jelenkor‘, Jenő Katona, István Barankovics, aber auch der Historiker Gyula Szekfű – fanden einen Ausweg in der demokratischen Opposition des Horthy-Regimes. Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs hatte ihre Abkehr vom Korporatismus eine große Bedeutung. Der nationalsozialistische Radikalismus fand zwar Anhänger unter den Reformkatholiken, aber auch die christlich-demokratischen Ansätze nach dem Zweiten Weltkrieg konnten auf die katholische Sozialwissenschaft der Zwischenkriegszeit zurückgreifen.

Zu den wichtigen Folgen des katholischen sozialwissenschaftlichen Denkens gehörte die Befreiung der katholischen Soziallehre von ihrer berufsständischen Grundlage. Dieser Vorgang setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Programm der Demokratischen Volkspartei von István Barankovics fort. Das für die Parlamentswahlen von 1947 verfasste Programm definierte die Bewegung als eine »weltanschauliche Partei« und leitete aus dieser Definition die Unterstützung breiter gesellschaftlicher Veränderungen ab.³⁵ Durch die Verknüpfung von modernem Wohlfahrtsstaat und parlamentarischer Demokratie konnte sich diese ungarische Parallele zum modernen christlich demokratischen Denken in der kurzen Zeit bis 1948 an der Abarbeitung einer großen historischen Schuld Europas, an der Förderung der politischen Anerkennung sozialer Rechte mitwirken.

³⁵ István Barankovics: Mit akar a Néppárt? Győr, 1947. augusztus 10-i beszéd. In: *Magyarországi pártprogramok 1919-1944*, 343-356.